

VERBÄNDE GEGEN KÜRZUNGEN IN DER PSYCHOTHERAPIE



4.000 Menschen demonstrierten in Berlin für die Sicherung der psychotherapeutischen Versorgung

Berlin, 16. April 2026. 4.000 Psychotherapeut*innen und Unterstützer*innen demonstrierten heute in Berlin im Rahmen eines bundesweiten Aktionstages gegen die geplanten Kürzungen in der Psychotherapie. Ein breites Bündnis von psychotherapeutischen Berufs- und Fachverbänden hatte zu der Demo aufgerufen, die vom Bundestag bis zur Zentrale des Spitzenverbands der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV-SV) führte. Eine Honorarkürzung um 4,5 Prozent sowie die Kürzung psychotherapeutischer Leistungen in den Plänen der Finanzkommission Gesundheit waren Auslöser der Proteste.

Gemeinsam mit der Petentin Johanna Alisa Jung, deren Petition „Monatelange Wartezeiten – und jetzt werden psychotherapeutische Leistungen gekürzt?“ innerhalb kurzer Zeit über 550.000 Unterschriften erreichte, forderten die Psychotherapeut*innen die Politik lautstark auf, die Kürzungen in der Psychotherapie zu stoppen.

Die Argumente der Demonstrant*innen waren eindeutig: Angesichts „klammer“ Kassen der gesetzlichen Krankenversicherungen rechnet sich Psychotherapie: Jeder hier investierte Euro spart gesamtgesellschaftlich 2 bis 4 Euro ein. Zugleich macht Psychotherapie nur einen kleinen Teil der Gesamtkosten innerhalb der GKV-Versorgung aus, und die Fachgruppe der Psychotherapeut*innen bildet bei den Vergütungen das Schlusslicht. Daher ist es umso verständlicher, dass der erweiterte Bewertungsausschuss die Vergütung für Psychotherapie auf Betreiben des GKV-SV ab April pauschal um 4,5 Prozent abgesenkt hat und die Finanzkommission Gesundheit den Rotstift ausgerechnet bei den psychotherapeutischen Leistungen ansetzt. Die Demonstrierenden forderten das Bundesministerium für Gesundheit auf, den Beschluss des Bewertungsausschusses zu beanstanden. Außerdem riefen sie dazu auf, weitere Maßnahmen, die die psychotherapeutische Versorgung aushöhlen, zu stoppen.

„Wer an Psychotherapie spart, spart an Menschen in Not. Für diese Einsparungen zahlt man morgen ein Vielfaches – gesellschaftlich, wirtschaftlich und menschlich. Wir werden nicht hinnehmen, dass ausgerechnet ein Bereich gekürzt wird, der nachweislich Leid lindert, Teilhabe ermöglicht und langfristig Kosten senkt. Wir fordern die Politik auf, die Entscheidung des GKV-Spitzenverbands zu stoppen!“, fordert Prof. Rudolf Stark, Vorstandsvorsitzender von unith e.V.. Die Veranstalter*innen senden auch eine klare Botschaft an den GKV-SV, vor dessen Haustür die Demonstration mit einer Abschlusskundgebung endete: Es gibt eine Reihe harter Fakten, die ganz klar für eine Weiterentwicklung der psychotherapeutischen Versorgung und nicht für ein Zusammenstreichen sprechen. Sie überreichten ein entsprechendes Faktenblatt und boten wiederholt Unterstützung bei der Entwicklung einer effizienten, leitlinienorientierten psychotherapeutischen Versorgung an.

Pressekontakt**Anna Zreik**

Pressereferentin unith e.V.

presse@unith.de**Über unith e.V.**

unith e.V. setzt sich bundesweit für eine faire und qualitativ hochwertige Weiterbildung in der Psychotherapie sowie für eine bessere Versorgung von Patient:innen ein. Der Verein vertritt die Interessen von Psychotherapeut:innen in Weiterbildung und engagiert sich für gerechte Arbeitsbedingungen, moderne Weiterbildung und eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung.

